Umweltminister will WHO-Bericht abwarten
Stefan Wenzel: Bundesregierung darf einer vorzeitigen Zulassung von Glyphosat auf EU-Ebene nicht zustimmen

Freitag 26. Februar 2016 - **Hannover (wbn). Klare Ansage: Der Niedersächsische Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz Stefan Wenzel (Grüne) fordert in einem Schreiben an den zuständigen Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, dass die Bundesrepublik Deutschland sich gegen den Antrag der EU-Kommission ausspricht, die Zulassung für den umstrittenen Pflanzenschutzmittelwirkstoff Glyphosat bis Ende 2031 zu verlängern.**

Wenzel weist darauf hin, dass international und auf EU-Ebene verschiedene Untersuchungen zu einer möglichen krebserzeugenden Wirkung noch nicht abgeschlossen sind. So werde die Weltgesundheitsorganisation WHO im Mai 2016 einen entsprechenden Bericht vorlegen. Parallel laufen Prüfungen der europäischen Chemikalienagentur ECHA.

Fortsetzung von Seite 1

Der Minister appelliert dringend an seinen Amtskollegen, dem Ansinnen der EU-Kommission aus Verantwortung gegenüber Mensch und Umwelt nicht zuzustimmen. „Ich halte es für unverantwortlich, vor der Klärung, ob Glyphosat krebserzeugend ist oder nicht, schon vorschnell Entscheidungen über den weiteren Einsatz des Pflanzenschutzmittels in den nächsten 15 Jahren zu treffen“, sagte Wenzel. „Solch ein Vorgehen widerspricht jeglichem Vorsorgeansatz.“

Die EU-Kommission möchte, dass die Entscheidung zur Zulassungsverlängerung von Glyphosat im europäischen Ausschuss der ständigen Vertreter aller 28 Mitgliedsstaaten kurzfristig bereits am 7 März erfolgen soll.

Erst vor wenigen Tagen hat das **Umweltinstitut München die Ergebnisse einer Untersuchung veröffentlicht, in der teils hohe Rückstände des Herbizidwirkstoffs Glyphosat in deutschen Bieren nachgewiesen werden konnten.**